

Unruhiger Golf von Guinea

Im Schatten der somalischen Piraterie nimmt die Seeräuberei in Westafrika zu

Vom Ausland wenig bemerkt, kommt es vor Nigerias Küste häufig zu Überfällen auf Tanker mit Erdölprodukten. Die Piraten breiten sich immer mehr aus.

Markus M. Haefliger, Nairobi

Am Mittwoch haben Piraten vor der nigerianischen Hafenmetropole Lagos den singapurischen Erdöltanker «Abu Dhabi Star» geentert. Es handelte sich bereits um den dritten derartigen Zwischenfall im Golf von Guinea innert zweier Wochen. Die versuchte Kaperung wäre vermutlich ausserhalb Nigerias unbemerkt geblieben, wäre die Episode für die 23-köpfige Besatzung nicht glimpflich – und für die Seeräuber blamabel – verlaufen. Die indische Mannschaft war auf der Hut. Als sich kurz nach Mitternacht ein unidentifiziertes Schnellboot dem Tanker näherte, schlossen sich die Männer in einem Sicherheitsraum ein, stellten die Maschinen ab, blockierten die Zündung und sandten einen Hilferuf aus.

Erdölprodukte als Beute

Am Nachmittag des gleichen Tags befreite ein Patrouillenboot der nigerianischen Marine die «Abu Dhabi Star». Den Piraten gelang die Flucht. Der Zwischenfall ereignete sich laut der Meldestelle für Piraterie des International Maritime Bureau (IMB) in London 30 Seemeilen (55 Kilometer) vor der Küste. In anderen Fällen haben Mannschaften und Reeder weniger Glück. Seit Januar verzeichnete das IMB in der betreffenden Seeregion 27 Angriffe von Piraten, in 4 Fällen handelte es sich um Entführungen von Schiffen, 17-mal wurden Schiffe schlicht leer geraubt.

Im Unterschied zu somalischen Piraten haben es die nigerianischen Seeräuber nicht darauf angelegt, Mannschaftsmitglieder zu kidnappen und mit ihnen Lösegelder zu erpressen, sondern sie rauben Erdölprodukte – mit Vorliebe raffinierte Treibstoffe, die direkt verwertet und in verschiedene Staaten der Region geschmuggelt werden können.



Ein Piratenschiff in der Region des Niger-Deltas.

GEORGE ESIRI / REUTERS

Bei den Meeresanrainern am Golf von Guinea handle es sich um funktionierende Staaten, erklärt Odin Hjeltestad von Bergen Risk Solutions (BRS), einer norwegischen Firma, die Reedereien über die Sicherheitslage in heiklen Meeresgebieten aufklärt. Banditen könnten Mannschaften nicht monatelang festhalten wie in Somalia.

Die Seeräuberei vor Nigeria hat sich in den letzten Monaten weiter westlich auf die Gewässer vor Benin und Togo ausgebreitet. Präsident Jonathan versucht das Banditentum auf hoher See einzudämmen, indem er die Marine mit Patrouillenbooten, Helikoptern und Aufklärungsdrohnen aufrüsten lässt. Eine aus allen drei Kampfeinheiten zusammengesetzte Joint Task Force (JTF) wurde von amerikanischen Spezialeinheiten ausgebildet und geht bei Konfrontationen mit Piraten in den Verästelungen des Niger-Deltas unzweifelhaft vor. Bei einem Zwischenfall im Gliedstaat Bayelsa im Juni wurden sechs mutmassliche Seeräuber erschossen.

Die rabiate Vorgehensweise hat fürs Erste aber nur zur Folge, dass die Piraten ihre Tätigkeit weiter auf das Meer hinaus verlegen. Laut einer Analyse von

BRS liegen die Risikozonen mittlerweile bis 100 Seemeilen vor der Küste. Ausserdem benutzen die Piraten zunehmend sogenannte Mutterschiffe, mit denen sie beweglicher und schwerer zu entdecken sind. Sie machen zudem Häfen, Lagunen und die verzweigten Kanäle im Nigerdelta unsicher. Die Aktionen seien immer schwieriger vorzusagen, heisst es in dem Bericht von BRS.

Teufel und Beelzebub

Neben der JTF des nigerianischen Militärs sind auch diffuse Interessen an der angeblichen Bekämpfung der Seeräuberei beteiligt. Im April erhielt Global West Vessels Specialists von der nigerianischen Regierung den Zuschlag für eine Konzession im Wert von 100 Millionen Dollar zur Bekämpfung der Piraterie im Nigerdelta. Im Verwaltungsrat der undurchsichtigen Firma sitzt unter anderem «Tompolo» Ekpemupolo, ein ehemaliger Anführer des Mouvement for the Emancipation of the Niger Delta (Mend), einer Organisation von Sozialrebellen der Gegend. Die Mend hatte vor drei Jahren im Austausch gegen eine Amnestie die Waffen niedergelegt.

Mursi erregt Anstoss

Ägyptens Präsident favorisiert bei Ernennungen Muslimbrüder

Der ägyptische Präsident Mursi hat in den letzten Tagen eine Reihe von Ernennungen vorgenommen. Seine Gegner werfen ihm vor, zu viele Islamisten berücksichtigt zu haben.

Astrid Frefel, Kairo

In Ägyptens Gazetten und an den Kaffeehaustischen steht eine neue Wortschöpfung hoch im Kurs: «Ikhwana». Dies kann am besten mit «Muslimbrüderisierung» übersetzt werden. Gemeint ist das Bestreben der Muslimbrüder, der ägyptischen Gesellschaft ihren Stempel aufzudrücken. In den letzten Tagen war von «Ikhwana» vor allem im Zusammenhang mit der Besetzung staatlicher Schlüsselpositionen durch Präsident Mursi die Rede.

Keine neue Handschrift

An einer Tagung von Universitätsstudenten kündigte Mursi am Donnerstag weitere personelle Änderungen an. Diese erfolgten im Interesse des Landes, denn Ägypten sei ein Staat der Bürger und werde nicht vom Militär oder von religiösen Würdenträgern regiert. Zu vor hatte er bereits neue Gouverneure sowie neue Mitglieder des Presserats und des Nationalen Rats für Menschenrechte ernannt. Dies sind Positionen, in denen politischer Einfluss ausgeübt werden kann, vor allem im Hinblick auf die Parlamentswahlen, die in wenigen Monaten anstehen. Dass Wahlgewinner versuchen, Entscheidungsträger zu beherrschen, ist zwar legitim. Politikwissenschaftler meinen jedoch, dass in einem Land, das sein politisches System neu entwirft, niemand von höheren Ämtern ausgeschlossen werden sollte.

Von den 27 Gouverneuren hat Mursi 10 ausgewechselt. 4 Gouverneursposten wurden mit führenden Muslimbrüdern besetzt, 3 gingen an Richter und Univer-

sitätsprofessoren. Die Tradition des Regimes Mubarak, an die Spitze der drei Grenzprovinzen Nordsinai, Suez und Rotes Meer Militär- oder Polizeigeneräle zu setzen, behielt Mursi bei. Dies veranlasste den Kommentator Mustafa Kamel as-Sayad in der lokalen Presse zur Bemerkung, dass Mursi die Gouverneure nach dem gleichen Muster ausgewechselt habe, wie es schon zu Zeiten Mubaraks üblich gewesen sei. Bei den Ernennungen hätten beruflicher Hintergrund, Kompetenz und lokale Bedürfnisse keine Rolle gespielt.

Gegen die «Ikhwana»

Auch im Nationalen Rat für Menschenrechte und im Presserat werden künftig prominente Mitglieder der von der Muslimbruderschaft ins Leben gerufenen Partei für Freiheit und Gerechtigkeit Einsitz nehmen. Ihr Anteil liegt jeweils zwischen 10 und 20 Prozent. «Mich beruhigt wenigstens, dass Mursi den erzkonservativen Salafisten nur wenige Plätze überlassen hat», sagte ein Kairoer Geschäftsmann, ein Kopte.

Die Zahlen sagen aber nicht alles. Prominente Persönlichkeiten haben Nominierungen ausgeschlagen, um ein Zeichen gegen die «Ikhwana» zu setzen. Der Journalist Salah Eissa, ein langjähriger Kämpfer für eine freie Presse, wollte im Presserat nicht mitmachen, weil alle ausgeschlossen worden seien, die sich den Muslimbrüdern widersetzt hätten. Der Direktor des Kairoer Instituts für Menschenrechtsstudien, Bahey ad-Din Hassan, kritisierte die neue Zusammensetzung des Nationalen Rates für Menschenrechte als die schlechteste seit dessen Gründung im Jahr 2003. Es seien jetzt kaum Juristen dabei. Der Mehrheit der Mitglieder sei das Thema Menschenrechte fremd, sie wüssten nichts darüber. Viele Kommentatoren sind der Ansicht, Mursi habe bei den Ernennungen in erster Linie die politische Ausrichtung des Bewerbers berücksichtigt, weniger dessen Eignung.

IKRK weitet Hilfe in Syrien aus

Importe von humanitären Gütern sollen erleichtert werden

mri. Genf · Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) will seine Hilfe in Syrien ausweiten. Die humanitäre Lage habe sich rasant verschlechtert, sagte der neue IKRK-Präsident Peter Maurer am Freitag in Genf nach einer dreitägigen Syrien-Reise. Maurer erwähnte einen Besuch von Gesundheitseinrichtungen in der Umgebung von Damaskus und beschrieb die medizinische Situation vor Ort als alarmierend: «Täglich sterben viele Männer, Frauen und Kinder wegen fehlender medizinischer Versorgung.» Zudem erinnerte der IKRK-Präsident an den unbedingten Schutz medizinischer Einrichtungen und deren Personals während Kriegszeiten.

Medikamente und Ärzte

Maurer führte aus, dass der syrische Präsident Asad ihm zugesagt habe, den Import von Hilfsgütern für die dringend nötige Ausweitung der humanitären Hilfe zu erleichtern. Ob die syrische Regierung die positiven Zusagen auch umsetze, müsse sich jedoch erst zeigen. Das IKRK plant, bereits nächste Woche Spitäler mit medizinischem Material zu versorgen, die besonders stark darauf angewiesen seien. Zudem bot das IKRK weitere Unterstützung durch die Entsendung von Chirurgen an.

Die verschiedenen Forderungen des IKRK seien miteinander verknüpft, erklärte Maurer. Wenn Hilfsgüter ins Land gebracht würden, müssten sie auch verteilt werden können. Dazu müssten sich die IKRK-Helfer im Land bewegen können, wofür wiederum Sicherheitsgarantien nötig seien. Maurer erinnerte daran, dass das IKRK ohne bewaffneten Schutz arbeite und sich somit auf die Sicherheitsgarantien der Konfliktparteien stützen müsse. Seit Anfang dieses Jahres hat das IKRK zu-

sammen mit dem Syrischen Roten Halbmond 800 000 Menschen mit Hilfsgütern versorgt. Die Organisation verfügt in Syrien über rund 50 Angestellte, 15 von ihnen sind internationale Helfer.

Humanitäres Völkerrecht

Maurer forderte weiter, dass das IKRK seine Gefangenensuche fortsetzen und auf Haftanlagen der Sicherheitsbehörden sowie auf Untersuchungsgefängnisse ausweiten könne. Zum letzten Punkt habe Asad sein Einverständnis jedoch noch nicht gegeben. Seit März 2011 seien Zehntausende von Personen inhaftiert worden. Gefangene in Händen der Opposition will das IKRK ebenfalls besuchen. Maurer verlangte von allen Konfliktparteien die Respektierung des humanitären Völkerrechts während aller Kampfhandlungen. Angesprochen wurden unter anderem der Schutz von Zivilisten beim Einsatz schwerer Waffen und bei Luftangriffen.

BOMBENEXPLOSION IN DAMASKUS

(Reuters) · Bei einer Explosion vor einer Moschee in Damaskus sind am Freitag laut einem Bericht des staatlichen Fernsehens fünf Angehörige der Sicherheitskräfte umgekommen. Einige andere hätten Verletzungen erlitten. Das Staatsfernsehen machte «Terroristen» für den Anschlag verantwortlich. Der Sprengsatz sei an einem Motorrad befestigt gewesen. Die Oppositionsgruppe Syrische Beobachter für Menschenrechte erklärte, der Anschlag habe sich gegen eine Patrouille der Sicherheitskräfte gerichtet. Neben den 5 Toten habe es 6 Verletzte gegeben. Kurze Zeit später explodierte in der Nähe zweier Ministerien ein weiterer Sprengsatz. Über Opfer wurde nichts bekannt.

De Klerk liest Südafrikas Regierung die Leviten

Brandrede gegen die gezielte staatliche Förderung der Schwarzen in der Arbeitswelt

cpk. Kapstadt · Südafrikas letzter weisser Präsident, Frederik Willem de Klerk, hat in einer emotionalen Rede vor dem Kapstädter Presseklub die Wirtschaftspolitik des regierenden African National Congress (ANC) als «gescheitert» bezeichnet. Angesichts der fortbestehenden Einkommens- und Vermögensunterschiede gebe es guten Grund für die Feststellung, dass das Instrument des ANC für die wirtschaftliche Besserstellung der Schwarzen, das Black Economic Empowerment, nicht funktioniere, sagte der Friedensnobelpreisträger. Das Grundproblem Südafrikas seien heute die Arbeitslosigkeit und der daraus resultierende Konflikt

zwischen denen, die einer Arbeit nachgingen, und jenen, die keine hätten.

De Klerk bezog sich auf den Streit um die korrekte gesellschaftspolitische Antwort auf das Massaker an der Platinmine von Marikana. Wichtig in diesem Zusammenhang sei nicht, wie viel mehr als die Arbeiter die Chefs der Mine verdienten. Viel wichtiger sei, dass die Arbeiter in Marikana das Zwanzigfache dessen zum Leben hätten, was ihren arbeitslosen Nachbarn zur Verfügung stehe. Die Löhne der südafrikanischen Bergbauarbeiter seien nicht zu gering. Sie seien etwa so hoch wie der Durchschnittsverdienst eines weissen südafrikanischen Arbeitnehmers. Als

Quelle nannte er einen Bericht des Statistischen Amtes aus dem Jahr 2010.

Zur Überwindung der Kluft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen empfahl de Klerk, das kollabierte Schul- und Ausbildungssystem, das die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ignoriere, zu reparieren, die Einstellungs- und Entlassungsbedingungen für Betriebe zu lockern und ethnische Kriterien bei der Einstellung und Beförderung abzuschaffen. Ferner bedarf es nach de Klerk auch echter Massnahmen gegen die Korruption. Väter müssten wieder Verantwortung für ihre Familien übernehmen. Nicht einmal jedes dritte Kind in den Slums wachse mit zwei Elternteilen auf.

PLATINMINE WEITER BESTREIKT

cpk. · In der südafrikanischen Platinmine Marikana dauert der Arbeitskampf, in dessen Verlauf die Polizei am 16. August auf Streikende geschossen und 34 von ihnen getötet hatte, weiter an. Am Donnerstag gab der Eigentümer der Mine, das Unternehmen Lonmin, den Abschluss einer Friedensvereinbarung mit mehreren Gewerkschaften bekannt. Man betrachte diese Vereinbarung als Basis, um Einschüchterung und Gewalt in der Mine zu beenden. Allerdings hat die Streikführerin, die Association of Mineworkers and Construction Union, die Vereinbarung nicht unterschrieben. Der Streik wird deshalb fortgesetzt. In dieser Woche erschienen an keinem Tag mehr als acht Prozent der Arbeiter zur Schicht.

ANZEIGE

KOLLER

Möbel

Auktion in Zürich,
20. September 2012
Vorbesichtigung:
8. bis 15. September 2012

SCHREIBKOMMODE «A FLEURS»,
Louis XV, sign. I.G. BARTHEL NEUWIED, um 1765.
CHF 280 000 / 480 000

Abteilung Möbel: Luca Rascher
Tel. 044 445 63 53 · rascher@kollerauktionen.ch
Koller Zürich · Tel. 044 445 63 63
office@kollerauktionen.ch · www.kollerauktionen.ch

